

Freiburger Nachrichten

Heute Grossauflage - 43 648 Exemplare

A.Z. 1700 Freiburg 1
160. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*

*Dieser Betrag enthält
2,5% MwSt.

Fussball

Trainer Meho Becirovic
hat beim FC Freiburg
kaum Spieler - und auch
sonst allerhand Sorgen.

Seite 17



ihre digitale

AKTIEN

STRATEGIE

kostenlos

PROBEABO

CHOOSE SMART

choosesmart.ch | Düringen

Einzige deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Donnerstag, 2. März 2023

Nr. 51

Kommentar



Jean-Michel Wirtz

*Windräder? Ja sicher,
aber doch nicht hier
bei uns in Freiburg!*

Energie aus Windkraft: Gerne, sagen die Freiburgerinnen und Freiburger. Aber bitte nicht unbedingt bei uns in unserem schönen Kanton. Das ist eines der Resultate einer Erhebung des neuen Meinungsforschungsinstituts Delahaut. 70 Prozent der Befragten sprechen sich für den Bau von Windkraftanlagen in der Schweiz aus. Sobald im Fragebogen aber «Schweiz» durch «Kanton Freiburg» ersetzt ist, fällt die Zustimmungsrate auf unter 60 Prozent. Zweifeln die Freiburgerinnen und Freiburger, dass es im Kanton genügend Wind hat für Windräder? Oder wollen sie Strom konsumieren, aber auf die grossen, sichtbaren Produktionsanlagen verzichten? Letzteres scheint der Fall zu sein. Denn bei einer Frage zur Fotovoltaik zeigt sich eine ähnliche Einstellung. Eindrucksvolle 91 Prozent unterstützen zwar Anreize für die Installation von Solaranlagen auf allen Dächern. Aber ein Obligatorium finden lediglich rund 39 Prozent der Befragten sinnvoll. Es würde alle in die Pflicht nehmen, und niemand könnte sich hinter einer unverbindlichen Absichtserklärung verstecken und sagen: Anreize find ich gut, soll doch die Nachbarin oder der Nachbar den ersten Schritt machen. Eine nachhaltige Stromversorgung? Sicher. Aber nur freiwillig und nicht in meinem Vorgarten. Und auch nicht in meinem Kanton.



Knapp über 700 Personen hat das Institut Delahaut für die Befragung kontaktiert. 65 Prozent haben geantwortet.

Bild Alain Wicht/a

Energiekrise: So tickt Freiburg

Zum ersten Mal präsentiert das Institut Delahaut die Resultate einer Befragung eines Teils der Freiburger Bevölkerung. Im Fokus standen Meinungen und Einschätzungen rund um die Energiekrise.

FREIBURG Die Klimaerwärmung, der Krieg in der Ukraine, die Energiemangellage und die steigenden Energiepreise – in den vergangenen Monaten hat sich die Welt fundamental verändert. Auch der Kanton Freiburg ist von diesen unruhigen Zeiten betroffen. Das Institut Delahaut hat Anfang Jahr bei den Freiburgerinnen und Freiburgern nachgefragt, wie sie die Energiekrise erleben. Die erste öffentliche Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit den «Freiburger Nachrichten» und anderen regionalen Zeitungen erstellt. Die Verantwortlichen von Delahaut möchten in Zukunft regelmässig repräsentative Umfragen

«Die Energiewende ist im Kanton Freiburg in vollem Gang.»

Direktion für Volkswirtschaft und Berufsbildung

im Kanton durchführen, um den Puls der Freiburger Bevölkerung zu fühlen.

Mehr Anreize für Solaranlagen

Wegen der Energiekrise haben drei von vier Freiburgern ihren Energieverbrauch hinterfragt. Auch wenn nur eine kleine Minderheit der Freiburgerinnen und Freiburger befürchtet, es könnte zu einem Energie-Blackout kommen, betrachten 68 Prozent die Energiesparmassnahmen der Behörden als gerechtfertigt. «Die Energiewende ist im Kanton Freiburg in vollem Gang», schreibt die Direktion für Volkswirtschaft und Berufsbildung als Reaktion auf die Erhebung von Delahaut.

Neun von zehn Befragten befürworten Anreize für die Installation von Solaranlagen, um einer künftigen Energiekrise vorzubeugen. Der Bau von Windrädern in der Schweiz wird von 71 Prozent der Umfrage-Teilnehmer gefordert. Werden diese Windparks im Kanton Freiburg erstellt, so sind noch fast 59 Prozent dafür. Für jeden Vierten ist sogar der Bau neuer Atomkraftwerke eine Option. Im Gegensatz zum Grossen Rat, der eine entsprechende Initiative für verfassungswidrig erklärt hatte, wollen fast 60 Prozent der Freiburger Bevölkerung den öffentlichen Verkehr kostenlos machen. *fos/jmw*

Berichte Seiten 2 und 3

Schlagzeilen

Zertifiziertes Öko-Holz

Labels wie FSC sind anfällig für Missbrauch. 340 Fälle sind weltweit bekannt. Auch Produkte auf dem Schweizer Markt sind betroffen. **Seiten 18 und 19**

Kita-Subventionen

Der Nationalrat wünscht, dass der Bund Zuschüsse an die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung leistet. **Seite 21**

Zug-Zusammenstoss

In Griechenland sind in der Nacht auf gestern bei einem schweren Zugunglück mindestens 36 Menschen ums Leben gekommen. **Seite 28**

Zitat des Tages

«Dazu sage ich nur, dass jedes Mal, wenn ein Autofahrer auf ein Velo umsteigt, ein Auto weniger im Stau ist.»

Pierre Olivier Nobs
Gemeinderat
Seite 5

Wetter

Erneut Hochnebel, der sich nur zögernd auflockert.



Seite 28

Inhalt

Todesanzeigen	6, 8
Forum/Agenda	13
TV/Radio	14
Börse	20
Kinos	26

Redaktion 026 505 34 34
Abonnemente 026 347 30 00
Inserate 026 347 30 01
www.freiburger-nachrichten.ch



Rekordverdacht: Februar war äusserst trocken

FREIBURG Der zurückliegende Februar war einer der trockensten Wintermonate des Jahrtausends. Laut Meteo Schweiz fielen nur etwa 8 Prozent des Niederschlags des langjährigen Durchschnitts. Trotzdem waren die Pegelstände der Seen und Flüsse im Kanton auf normalem Niveau. Laut dem Amt für Umwelt ist Freiburg bis jetzt nicht von Wasserknappheit bedroht. Bis jetzt. Aber ab 2050 könnte die Bedrohung hierzulande realistische Ausmasse annehmen, meldet Meteo Schweiz. Deswegen werden schon heutzutage Massnahmen getroffen. *sf*

Bericht Seite 9



Hoher Besuch

Bundesrat Cassis weilt im Stedtl

MURTEN Die Murtner Stadtpräsidentin Petra Schlüchter empfängt Ignazio Cassis: Die Wahl fiel auf Murtten für ein Treffen zwischen dem Bundesrat und der chilenischen Aussenministerin Antonia Urrejola Noguera. *emu/Bild ce*

Bericht Seite 7



Kevin Haas berät Sie gerne in der Garage Bifang

Garage **BIFANG** Trachsel AG
1716 Plaffeien
garage-bifang.ch

Bevölkerung von Freiburg zeigt sich energiebewusst

Freiburgerinnen und Freiburger begrüssen den Bau von Windkraftanlagen. Diese sollen aber nicht unbedingt im Kanton stehen. Das und mehr zeigen die Ergebnisse der ersten Befragung des neuen Instituts Delahaut zum Themenbereich Energie.



Für Windkraftanlagen gibt es in der Befragung Zustimmung. Wenn die Windräder jedoch im Kanton Freiburg in

Jean-Michel Wirtz

FREIBURG Die globale Erwärmung und der Krieg in der Ukraine machen den Freiburgerinnen und Freiburgern am meisten Sorgen. Das zeigen die Resultate der ersten öffentlich publizierten Befragung des Instituts Delahaut (siehe Kasten). Von den 461 Befragten hat etwas mehr als die Hälfte – fast 54 Prozent – geantwortet, dass die Klimaerwärmung ihr grosse Sorgen macht. Beim Krieg in der Ukraine ist der Wert mit fast 48 Prozent ähnlich hoch. Weniger Kopfzerbrechen machen den Befragten die steigenden Energiepreise. Für lediglich rund 27 Prozent ist es eine grosse Sorge. Der Rückgang der Kaufkraft (20 Prozent) und der Ausstieg aus der Atomenergie (16 Prozent) folgen auf den nächsten Plätzen. Am wenigsten schlaflose Nächte bereiten den Teilnehmenden an der Umfrage die Arbeitslosigkeit (2,6

Prozent), Covid-19 (1,5 Prozent) und die Grippe (0,4 Prozent).

Über ein Drittel will Solarpflicht In seiner Befragung hat das junge Unternehmen Delahaut den Schwerpunkt auf den Bereich Energie gesetzt. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Freiburger Panels wollte es wissen, welche Massnahmen zu ergreifen sind, um eine Energiekrise in der Zukunft zu verhindern (Grafik rechts oben). Mit einer Zustimmung von je rund 91 Prozent unterstützen die Befragten klar die Nutzung von neuen Energiequellen, wie Wasserstoff, und begrüssen Anreize für den Bau von Solaranlagen. Eine Person forderte via Kommentar in der Erhebung sogar eine «Pflicht zur Installation von Fotovoltaikanlagen vor allem für Neubauten, öffentliche Gebäude, Fabriken und andere Gebäude, die von grossen Energieverbrauchern genutzt werden». Diese Stimme ist in der Minderheit.

Denn trotz der generell grossen Akzeptanz für Solaranlagen befürworten nur rund 39 Prozent ein Obligatorium. Auch Windkraftanlagen sind Thema in der Befragung gewesen. Solche Anlagen gibt es auf dem Kantonsgebiet bislang nicht. Anders im Berner Jura: Auf dem Mont Crosin bei St-Imier befindet sich der derzeit grösste Windpark der Schweiz mit 16 Windturbinen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Courtepin und Misery-Courtion machen sich derzeit Gedanken darüber, wie sie zur Windkraft in der Nähe ihrer Gemeinden stehen. Denn am 12. März werden sie in einer Konsultativabstimmung auf die Frage «Befürworten Sie die Projektstudie zur Errichtung eines Windparks am Standort Les Collines de la Sonnaz?» antworten (die FN berichteten). Die Erhebung von Delahaut zeigt, dass Windkraftanlagen in Freiburg weitgehend akzeptiert sind. Wenn es jedoch um den Bau

solcher Anlagen im Kanton selbst geht, nimmt die Begeisterung ab. Denn es sprechen sich zwar 71 Prozent für den Bau von Windrädern in der Schweiz aus, aber nur 59 Prozent wollen solche Projekte im Kanton Freiburg realisiert sehen. Demgegenüber stehen die 19 Prozent Nein zu Schweizer Windkraftanlagen und 27 Prozent Nein zu Freiburger Anlagen.

Populäres Energiesparen Weiter rechnet ein Grossteil der Ende Januar Befragten weder für den nun zu Ende gehenden Winter (86 Prozent) noch für den kommenden Winter (53 Prozent) mit einem elektrischen Blackout. Dennoch sagen 76 Prozent der Freiburgerinnen und Freiburger, dass das Risiko einer Energiekrise ihren Verbrauch beeinflusst hat. Die populärste Sparmassnahme für die Freiburgerinnen und Freiburger ist eine ganz einfache: das Licht auszuschalten. Fast 98 Prozent geben an, dies zu tun

(siehe Grafik unten links). Es folgen beim Kochen einen Deckel zu nutzen (92 Prozent), den Sparmodus des Geschirrspülers oder der Waschmaschine zu aktivieren (79 Prozent), kein Bad mehr zu nehmen (78 Prozent) und nachts die Fenster zu schliessen (72 Prozent). Etwas weniger verbreitet ist es, Jalousien und Fensterläden zu

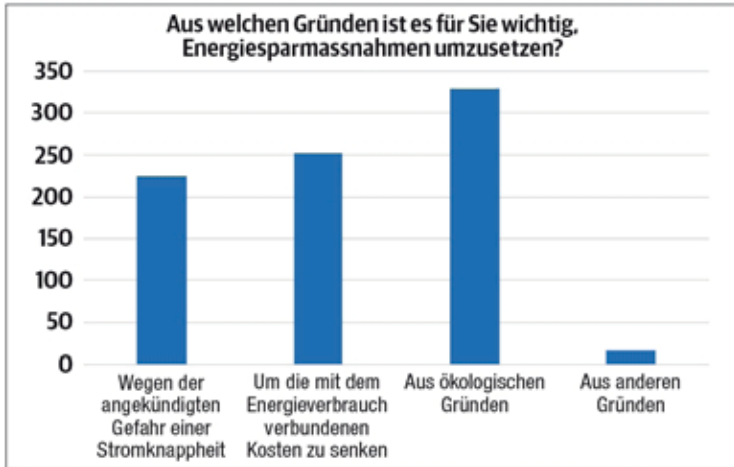
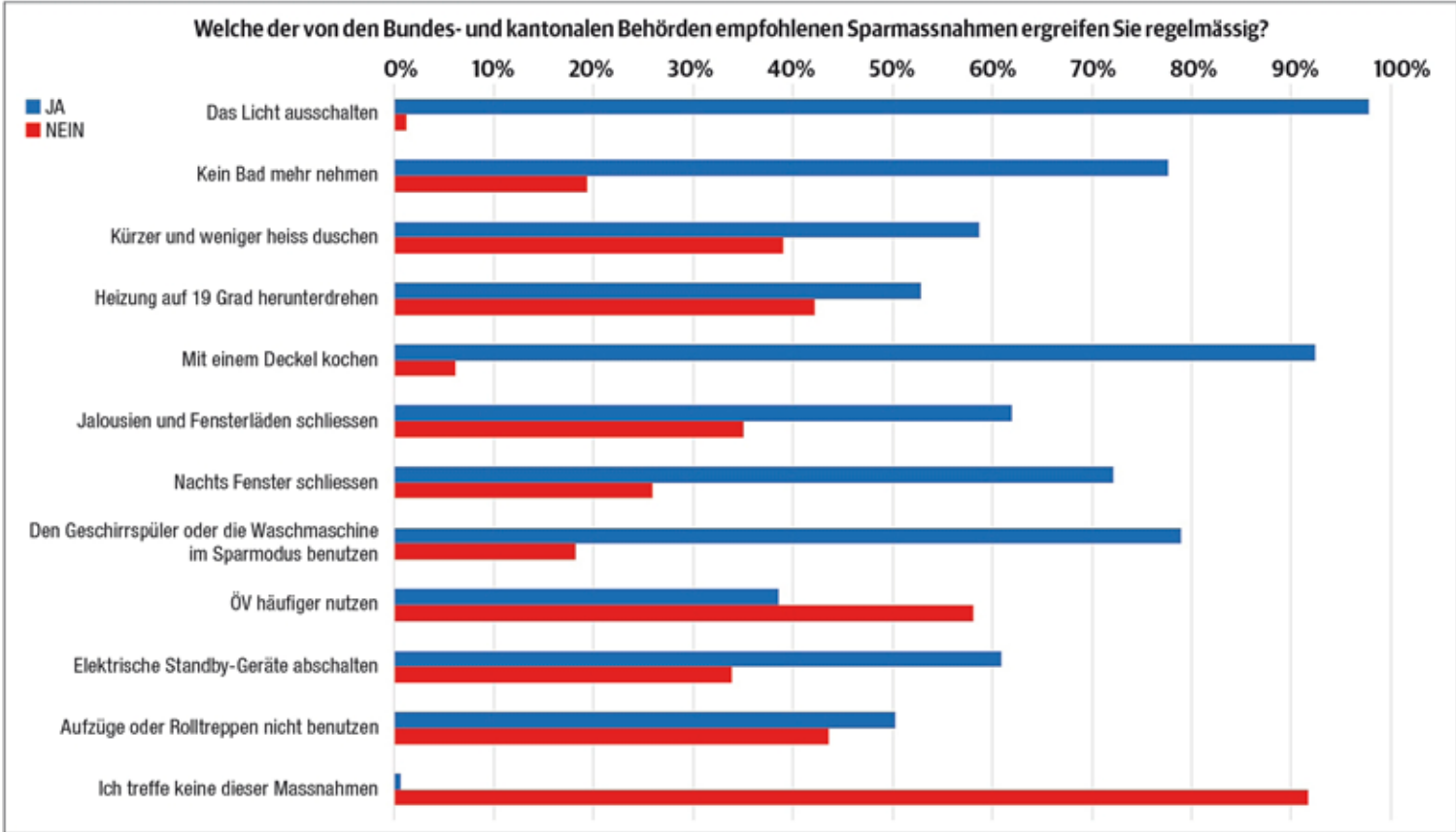
so ein Mitglied des Panels. «Den Einzelnen in die Verantwortung zu nehmen, ist nicht der richtige Weg. Die Unternehmen müssen Zugeständnisse machen, denn sie sind die grössten Umweltverschmutzer.» Jemand anderes teilt diese Einschätzung: «Ich finde es erstaunlich, dass der Kanton vorschreibt, wie man zu duschen hat. Die Industrie könnte wichtigere Massnahmen ergreifen.» Trotz dieser Kritik bewerten 68 Prozent der Befragten die Energiesparmassnahmen als gerechtfertigt. Nur für 18 Prozent sind sie übertrieben und für fast 6 Prozent unnötig. «Bund und Kanton sollten sich jedoch zuerst darum kümmern, Energie in der Schweiz zu produzieren, und nicht nur Sparmassnahmen vorschlagen. Das ist ein etwas einfacher Ansatz», so eine Reaktion in der Befragung.

«Bund und Kanton sollten sich zuerst darum kümmern, Energie in der Schweiz zu produzieren.»
Befragte Person

schliessen (62 Prozent), Geräte im Standby-Modus ganz abzuschalten (61 Prozent), kürzere und weniger heisse Duschen zu nehmen (59 Prozent) und die Heizung auf 19 Grad Celsius herunterzudrehen (53 Prozent). Als Sparmassnahme Aufzüge oder Rolltreppen nicht mehr zu benutzen (50 Prozent) oder den öffentlichen Verkehr häufiger zu nutzen (39 Prozent), findet keine Mehrheit.

Fehlende Effektivität In den Kommentaren zur Erhebung zeigen sich die Befragten nicht überzeugt von der Effektivität der Sparmassnahmen. Es seien notwendige, aber nicht genug wirksame Massnahmen,

Ökologie wichtiger als Kosten Ökologische Gründe sind für die Freiburgerinnen und Freiburger die grösste Motivation, um Sparmassnahmen zu ergreifen. 73 Prozent der Befragten stimmen diesem Grund zu. Für 56 Prozent sind auch die Energiekosten ein Grund zum Sparen und für 50 Prozent die Gefahr eines Strommangels. Die Sparmassnahmen sollten allerdings im Wesentlichen freiwillig sein: 92 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Bevölkerung für freiwillige Massnahmen sensibilisiert wird, um





die Höhe ragen sollen, nimmt die Unterstützung ab.

Bild Keystone/a

so einen drohenden Blackout zu verhindern. Nur 48 Prozent würden es begrüßen, wenn die Regierung auch Massnahmen anordnet. 40 Prozent lehnen dies ab.

Obwohl die Klimaerwärmung den Freiburgerinnen und Freibürgern am meisten Sorgen be-

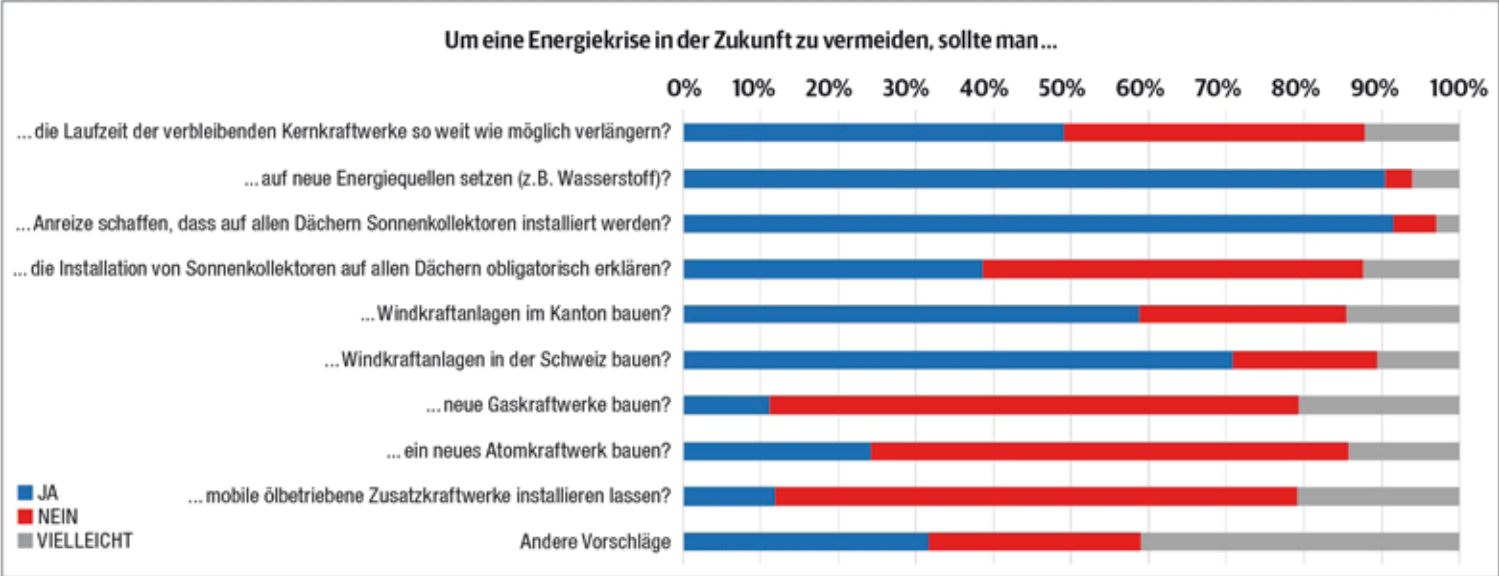
reitet, zeigt sich in der Befragung kein verpflichtender Aktionismus im Bereich Energie. Die Bevölkerung ist sensibilisiert für einen sparsameren Verbrauch und den Wechsel auf nachhaltigere Energieformen. Einen Zwang lehnt sie allerdings mehrheitlich ab.

Zahlen und Fakten

Antworten von rund 460 Personen

Das Institut Delahaut mit Sitz in Marly führte seine Befragung vom 19. Januar bis zum 1. Februar durch. Es ist die erste öffentliche Umfrage des jungen Unternehmens. Die Verantwortlichen möchten in Zukunft regelmässig repräsentative Umfragen unter der Freiburger Bevölkerung durchführen. Für die Teilnahme können sich alle Freiburgerinnen und Freiburger einschreiben. In der aktuellen Befragungsrunde haben 708 Personen einen Fragebogen erhalten, wie die Verantwortlichen mitteilen. Es antworteten 461 Personen, die Antwortquote betrug also 65 Prozent. Die Fehlerquote liege unter diesen Umständen bei plus/minus

4 Prozent. Von 433 Personen ist der Wohnbezirk bekannt. Rund 14 Prozent leben im Sensebezirk und rund 10 Prozent im Seebezirk. Zum Vergleich: Der Sensebezirk macht 14,1 Prozent der Kantonsbevölkerung aus, der Seebezirk 11,7 Prozent. Mehrere Freiburger Medien, wie die Freiburger Nachrichten AG, unterstützen das Projekt. Es erhebt die Meinung der Freiburger Bevölkerung zu verschiedensten Themen. Die Umfragen erlauben so eine Debatte anhand fundierter Zahlen. Nationale Medien haben in ihren Meinungsumfragen keinen regionalen Fokus. *jmw*
Anmeldungen sind weiterhin möglich: www.delahaut.ch



Kostenloser öffentlicher Verkehr

Eine Mehrheit befürwortet Gratis-ÖV in Freiburg

+ Das Institut Delahaut befragte auch über die Einstellung zu Gratis-ÖV. Um den Benzinverbrauch zu senken und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern, soll der ÖV der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Über 57 Prozent der Befragten befürworten dies. Knapp 37 Prozent sind dagegen und 6 Prozent unentschieden. Heute ist der öffentliche Verkehr beispielsweise in Luxemburg oder in der estnischen Hauptstadt Tallinn kostenlos.

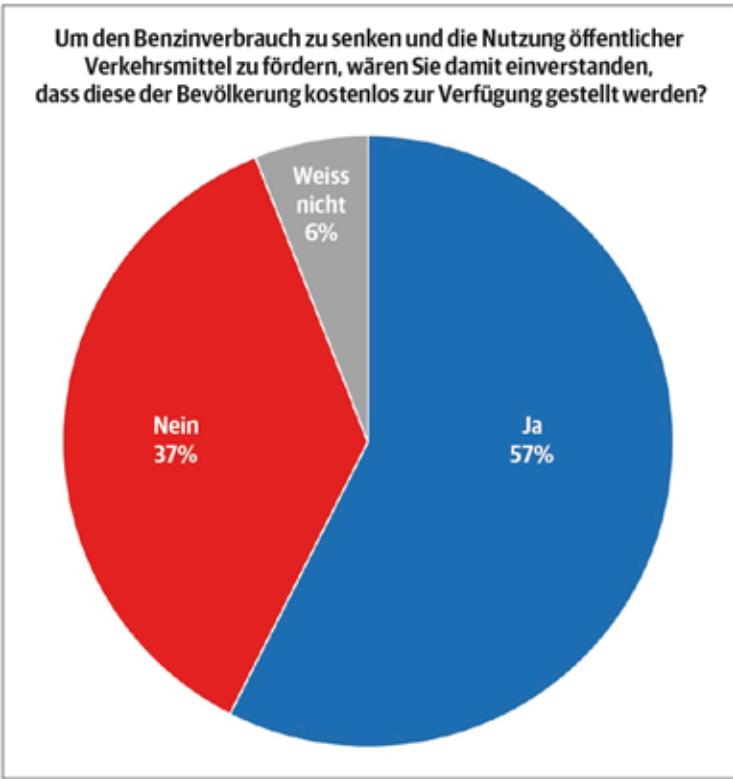
Kanton gegen Gratis-ÖV

Der Freiburger Staatsrat hat in seinem Mobilitätsgesetz festgelegt, dass er den Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs erhöhen will, um damit den Benzinverbrauch zu senken. Wie der Grosse Rat hat sich der Staatsrat jedoch gegen Gratis-ÖV ausgesprochen. «Damit würden wir mit dem Giesskannenprinzip entlasten. Auch diejenigen, die es sich sehr gut leisten könnten, müssten nichts bezahlen», begründet Staatsrat Jean-François Steiert, Vorsteher der Direktion für Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt, gegenüber den FN die Ablehnung. «Das bringt keine Umstiegswirkung, aber die Einnahmen würden massiv verringert.» Der Kanton könnte die Einnahmeverluste zwar kompensieren, wird jedoch aufgrund der begrenzten Ressourcen dazu neigen, das Angebot zu reduzieren, das er bei den Verkehrsbetriebern einkauft. Damit säuke die Nachfrage und damit auch der gewünschte Klimaeffekt.



57 Prozent der Befragten sprachen sich für Gratis-ÖV aus.

Bild Aldo Ellena



Ähnlich sieht es der Experte Kay W. Axhausen, Professor für Verkehrsplanung an der ETH: «Es wären grosse Herausforderungen zu bewältigen, um die Kostenentwicklung und die Servicequalität im Griff zu behalten», teilte er auf Anfrage der FN mit. Nach Einschätzung des ETH-Professors würden bei kostenlosem ÖV mehr Personen dieses Angebot nutzen. In erster Linie würden aber nicht die Autofahrer auf den ÖV umschwelen, sondern Personen, die sonst zu Fuss oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Axhausen weist darauf hin, dass ÖV-Linien, die heute schon stark ausgelastet sind, zusätzliche Fahrzeuge und Kurse benötigen würden, um die Servicequalität aufrechtzuerhalten. Wenn es darum geht, die CO₂-Belastung zu senken, so seien beispielsweise mehr Radwege und eine Verdichtung des ÖV-Takts bessere Massnahmen als ein kostenloser ÖV für alle.

Unterstützung für Bedürftige

Steiert weist darauf hin, dass statt einer generellen Kostenfreiheit der Grosse Rat beschlossen hat, gezielt gewisse Personengruppen zu unterstützen. So wurde folgende Bestimmung ins Gesetz aufgenommen: «Der Kanton und die Gemeinden können Massnahmen ergreifen, um bestimmten Personengruppen wie Schülern, Jugendlichen, Personen in bescheidenen Lebensverhältnissen oder Rentnern einen ermässigten oder kostenlosen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.» *jfs*

Bedenken der Bevölkerung widerspiegeln die Realität

Die Volkswirtschaftsdirektion findet es ermutigend, dass eine Mehrheit der Freiburger Bevölkerung neue Energiequellen unterstützt.

Frank O. Salzgeber

FREIBURG Auf Anfrage der FN zeigte sich der Kanton Freiburg wenig überrascht über die Ergebnisse der Umfrage des Instituts Delahaut. Angesichts der internationalen Lage sei es naheliegend, dass der Krieg in der Ukraine und die Klimaerwärmung den Freiburgerinnen und Freibürgern am meisten Sorgen bereiten, dies widerspiegle die Realität, schreibt die Volkswirtschafts- und Berufsbildungsdirektion (VWBD) und

fügt an: «Der Kanton Freiburg verfolgt eine besonders ehrgeizige Strategie für die Energiewende.» Ein Beispiel ist das kantonale Gebäudeprogramm. Dort gab es seit 2017 mehr als 7800 Subventionszusagen, um Gebäudehüllen zu sanieren oder für Heizungserneuerungen. Nach Angaben des Amtes für Energie werden bei Heizungssanierungen heute in fast 97 Prozent der Fälle erneuerbare Heizsysteme, hauptsächlich Wärmepumpen, gewählt. Die geschätzten Investitionen be-

«Der Grad der Unterstützung für ein Windparkprojekt ist oft von der geografischen Nähe abhängig, die jemand zu diesem hat.»

Volkswirtschafts- und Berufsbildungsdirektion

laufen sich bislang auf 1,25 Milliarden Franken.

Wie die Delahaut-Umfrage beweist, befürwortet eine Mehrheit der Menschen im Kanton Freiburg Energiesparmassnahmen und die Nutzung von neuen Energiequellen. «Es ist ermutigend, dass eine Mehrheit der Befragten die Einführung konkreter Massnahmen unterstützt, die sich bewährt haben, wie etwa die Installation von Fotovoltaikanlagen», teilt die VWBD mit und weist darauf hin, dass Freiburg einer der Schweizer Kan-

tone ist, in denen die Entwicklung von Fotovoltaikanlagen am stärksten vorangetrieben wird. So hat sich der Staatsrat gerade gestern Mittwoch wieder getroffen und darüber diskutiert, wie die Energieerzeugung durch Fotovoltaik noch stärker angekurbelt werden kann.

Die Volkswirtschaftsdirektion erwähnt aber auch, dass die Schweiz besonders für die Stromerzeugung im Winter Lösungen finden müsse, da Solaranlagen dann weniger Energie produzieren können. Eine Möglichkeit sind

Windparks, die gerade im Winter besonders leistungsfähig sind.

Der Kanton stellt zufrieden fest, dass sich mehr als 70 Prozent der Befragten für Windenergieanlagen in der Schweiz aussprechen. Geht es aber um den Bau von Windrädern im Kanton Freiburg, so sinkt die Zustimmungsrate auf etwas über 58 Prozent. «Es ist klar, dass der Grad der Unterstützung für ein Windparkprojekt oft von der geografischen Nähe abhängt, die jemand zu diesem hat», so die VWBD.